

Inwiefern haben die antifaschistischen Konsequenzen in die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) Eingang gefunden? (2)

Am 15. November 1948 begann die Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) mit dem Unterricht. Lehrveranstaltungen in der VWL waren zu Beginn u.a. „Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen“, „Grundprobleme der Gemeinwirtschaft“, die Vorlesung „Wirtschaftsdemokratie“ und „Wirtschaftslenkung und Vollbeschäftigungspolitik“. Initiiert wurde die AfG von Gewerkschaften, Genossenschaften und SPD (unter Zustimmung der Kommunistischen Partei), um die Demokratisierung der Wirtschaft in der Neuordnungsphase (wissenschaftlich) voranzutreiben und Nachwuchs für den gemeinwirtschaftlichen Sektor (aus) zu bilden. Nach dem Vorbild der 1921 gegründeten Akademie der Arbeit in Frankfurt ging es darum, das bürgerliche Bildungsmonopol zu durchbrechen und eine arbeiterbildende Akademie zu schaffen.

Der Ausgangspunkt für die Gründung der AfG war die Forderung nach der Errichtung von Lehrstühlen für Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen an der Universität Hamburg:

„Die Beteiligten an der Besprechung zur Reform der Universität im Dezember 1945 waren sich darüber einig, dass auch die Hamburger Universität [...] vor 1933 eine überwiegend bürgerliche Institution gewesen sei, die Verbindungen zu Arbeitern und Angestellten sowie zur organisierten Arbeiterbewegung weder hatte noch suchte, obwohl die Gründung der Universität nicht zuletzt, durch die Initiative der Arbeiterbewegung herbeigeführt worden war. [...] So fand die Forderung der Gewerkschaftsvertreter nach Errichtung eines Lehrstuhls für Gewerkschaftswesen an der Hamburger Universität [...] allgemeine Zustimmung. [...] Begründet war diese Forderung mit der Bedeutung, die die Gewerkschaften für den „Wiederaufbau“ und den „Neubau des deutschen Wirtschaftslebens“ hätten. „Die Gewerkschaften sind zweifellos eines der wichtigsten Organe für den demokratischen Wiederaufbau. Sie sind der maßgebende Faktor für die Durchdringung der deutschen Wirtschaft mit demokratischem Geist.“ (Bärbel von Borries-Pusback (2002): *Keine Hochschule für den Sozialismus – Die Gründung für Gemeinwirtschaft in Hamburg*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 120.)

Der progressive Impetus der AfG-Gründung wurde früh von alten Nazi-Eliten versucht in das bürgerliche System zu integrieren um ihm so die emanzipatorische Spitze zu nehmen. Maßgebliche Akteure waren hierfür der spätere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller und der Soziologe Helmut Schelsky. Sie nahmen in der Frühphase der AfG maßgeblichen Einfluss auf Satzung, Personal und Lehrplan. Beide legten steile Wissenschaftskarrieren im NS-Regime hin. Schiller war ab 1933 SA und NS-Studentenbund, ab 1937 NSDAP-Mitglied und ab 1943 VWL-Professor in Rostock. Schelsky war Funktionär im NS-Studentenbund, hat 1940 in Königsberg sich habilitiert und ab 1943 eine Professur in Straßburg bekleidet. Beide bemühten sich vehement, die sozialistische Dimension der Gemeinwirtschaft zu verdrängen, damit das Privateigentum an Produktionsmitteln unangetastet blieb. (vgl. Thomas Laugstien, „Die Gründung der ‚Hochschule für Wirtschaft und Politik‘ als postfaschistischer Kompromiß“, in der Zeitschrift „Das Argument“ 178, 1989)

„Nicht nur im Gesetzes- auch im Satzungsentwurf wurde die Formulierung über Sinn und Zweck der Akademie in Vergleich zu den früheren Entwürfen neutralisiert. (A. d. R.: Unter Mitarbeit des Altnazis Karl Schiller, SPD). Alle Hinweise auf sozialistische Gemeinwirtschaft, die Charakterisierung der Akademie als Arbeiterbildungsstätte und der Studenten als Arbeiterstudenten sind entfernt worden, selbst der Hinweis darauf, dass die Akademie mit dazu beitragen wolle den sozial benachteiligten Schichten unseres Volkes ein Hochschulstudium zu ermöglichen, fehlt.“ (Bärbel von Borries-Pusback (2002): *Keine Hochschule für den Sozialismus – Die Gründung für Gemeinwirtschaft in Hamburg*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 168.)

„Heydorn (SPD) erinnert an die Bemühungen der Gewerkschaften und Genossenschaften schon vor 1933 derartige Einrichtungen zu schaffen und betont, daß die Frage der Wirtschaftsdemokratie in hohem Maße eine Frage des Bildungsstandes sei. Man habe erkannt, daß es sich hier um eine Aufgabe des Staates handelte. Durch die Schaffung des neuen Instituts ist ein weiteres Stück des Weges zur Wirtschaftsdemokratie zurückgelegt und die Gefahr beseitigt, die einer Gemeinwirtschaft durch die Bürokratie droht. Die Akademie für Gemeinwirtschaft dient keiner Partei, sondern ist eine neutrale Forschungsstelle.“ (Hamburger Echo vom 11.06.1948)

"Der demokratische Gedanke kann nur wirksam und fruchtbar werden, wenn nicht nur das Recht der Mitarbeit, sondern auch die Fähigkeit zur Mitarbeit vorhanden ist. Die Entwicklung dieser Fähigkeit kann nicht weiter dem Zufall überlassen werden. Es müssen planmäßig Bildungseinrichtungen geschaffen werden, welche auch denjenigen Kreisen das notwendige Wissen und Können vermitteln, die nicht in der Lage sind, durch den Besuch der Hochschulen die notwendigen Bildungsvoraussetzungen sich anzueignen. Diese Kreise sind hauptsächlich die großen Massen der Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten. [...] Neben [die herrschende] Lehre muß eine Lehre treten, die von der Arbeit ausgeht und die Wirtschaft als eine Arbeit der Gesamtheit ansieht.“ (Rede zur Gründung der ADA, 1921)

„Für die Gründungskonzeption der Akademie für Gemeinwirtschaft bedeutete das, dass ihre potentielle Aufgabe als Ausbildungsinstitution für den „geplanten „neuen gemeinwirtschaftlich orientierten Typ von Unternehmungsleitern“, der immer die Zielsetzung der sozialisierten Unternehmen vor Augen haben sollte, [...] nur anfänglich relativ klar umrissen schien. Mit dem Zurücktreten der Neuordnungsproblematik in den aktiven politischen Auseinandersetzungen wurde [aber] der Bildungsauftrag für die zukünftige Akademie schon vor ihrer Eröffnung immer unpräziser.“ (Bärbel von Borries-Pusback (2002): *Keine Hochschule für den Sozialismus – Die Gründung für Gemeinwirtschaft in Hamburg*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 116.)